

## **Rede zum Bernburger MandatsträgerInnentreffen am 29.08.09**

Liebe Genossinnen, Genossen, Freunde und SympathisantInnen,

unser Zusammentreffen findet nicht nur aus bundespolitischer Perspektive in einer sehr spannenden Zeit statt. Auch in der Landespolitik und in den kommunalen Strukturen sind wir in einer Phase wichtiger Entscheidungen. Dies trifft auf Sachsen-Anhalt genauso zu wie auf unsere beiden Nachbarländer, die morgen wählen und in denen es genauso wie im Saarland darum geht, die CDU aus den Landesregierungen zu verdrängen.

Wodurch wird jedoch unsere aktuelle Situation im Land und in den Kommunen charakterisiert? Beide Ebenen werden in den nächsten Jahren massiv mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen haben. An beide Ebenen werden die Anforderungen steigen, diese Krise nicht auch noch zu einer verschärften sozialen und kulturellen Krise werden zu lassen.

Der Unterschied zur bundespolitischen Ebene besteht darin, dass wir im Land und in den Kommunen die grundlegenden politischen Ursachen dieser Krisenentwicklung nur sehr beschränkt selbst beeinflussen können. Trotzdem werden wir auf beiden Ebenen mit der Aufgabe konfrontiert, die Folgen dieser neoliberalen Politik der letzten Jahre bewältigen zu müssen. Die Menschen werden uns ganz wesentlich daran messen, wie wir diese Herkules-Aufgabe bewältigen, die wir nicht verursacht haben. Uns nützt es dabei relativ wenig, schon immer Recht gehabt zu haben.

Neben den bundespolitischen Rahmenbedingungen sind wir uns darüber im Klaren, dass die politischen Entscheidungen bis zum Ende der Legislaturperiode die Handlungsspielräume unserer kommunalen Vertreter wesentlich beeinflussen.

Die dafür entscheidende Frage ist die nach den finanziellen Ressourcen. Die Kommunen in Sachsen-Anhalt sind in überwiegender Zahl von den Finanzausweisungen des Landes abhängig. Mit jedem Haushaltsgesetz auf Landesebene und der darin bestimmten Finanzmasse für die Kommunen wird über eine Vielzahl von Rahmenbedingungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort entschieden. Wir sind uns dessen als Landespartei und als Landtagsfraktion sehr wohl bewusst, deswegen hat der Landesparteitag 2007 in seinem Haushaltsbeschluss klare Aussagen zur Entwicklung der Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen getroffen. Wir haben darin bestimmt, dass wir für die Beibehaltung der Finanzausgleichsmasse des Jahres 2009 auch in den Folgejahren eintreten. Grundlage unserer damaligen Überlegung war, dass die extrem hohe Verschuldung des Landes und die schrumpfende Einnahmehasis es unmöglich macht, die Kommunen mit den Summen auszustatten, die sie eigentlich für ihre Aufgabenerfüllung benötigt. Aber auch in unseren Überlegungen gingen wir davon aus, dass die zur Verfügung stehenden Finanzen der Kommunen durch die Stärkung der eigenen Steuerbasis ansteigen werden. Diese Prognose wird durch die aktuelle Wirtschaftskrise völlig aufgehoben. Vielmehr sind wir damit konfrontiert, dass die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen deutlich sinken werden und gleichzeitig bei Beibehaltung des alten Finanzausgleichsgesetzes die Kommunen rund 12 % der allgemeinen Landeszuweisung verlieren würden.

Wir wissen jedoch, dass im Falle der Umsetzung eines solchen Verfahrens die Kommunen als wichtigste Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge so massive Einschnitte vornehmen müssen, dass diese Daseinsfunktionen schwer beschädigt werden würden. Wir wissen auch, dass damit Strukturen in Frage gestellt werden, deren gesellschaftlicher Nutzen sich ganz wesentlich aus ihrer kontinuierlichen Arbeit ableitet. Es ist eine völlige Illusion, bspw. ohne nachhaltige Schäden zu hinterlassen, die offene Jugendarbeit einmal kurzfristig für drei Jahre einzustellen und sie für den Fall, dass dann die Finanzsituation besser wird, wieder aufleben zu lassen. Um den gleichen gesellschaftlichen Effekt zu erreichen, müsste man ungleich mehr Ressourcen in den Folgejahren einsetzen als bei einer kontinuierlichen Finanzierung.

Neben diesen langfristigen Überlegungen müssen wir uns jedoch mit einem sofortigen Effekt solcher Kürzungen auseinandersetzen. Die Menschen auch in Sachsen-Anhalt sind auf Grund der Wirtschaftskrise und der für sich selbst befürchteten Folgen verunsichert. Angst um die eigene soziale Perspektive, um den Arbeitsplatz, um die Rentenentwicklung sind deutlich spürbar. Dieser Zustand bindet Energien und Ressourcen, die diese Gesellschaft jedoch dringend für einen Ausweg aus der Krise braucht. Es wäre geradezu fatal, wenn der Staat genau in dieser Situation durch radikale Kürzungen bspw. die soziale Infrastruktur zerstört, selbst zum Krisenfaktor würde. Das Land Sachsen-Anhalt und die Kommunen in unserem Land müssen in dieser Krise die gesellschaftlich stabilisierenden Faktoren sein. Sie müssen gleichzeitig die Rahmenbedingungen organisieren, die die Folgen der Krise abmindern und Auswege aus dieser Situation gestalten.

Deswegen ist es aus unserer Sicht geradezu unverantwortlich, die Einnahmeausfälle ungebrochen in Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge umzuwandeln. Da wir jedoch im Land und Kommune eine radikale Unterfinanzierung der öffentlichen Kassen beobachten müssen, bedeutet diese Herangehensweise letztlich auch den Weg der Neuverschuldung. Einen sehr unsicheren Weg, der selbst sehr viele Risiken birgt und langfristig selbst die öffentliche Daseinsvorsorge in Frage stellt.

Auch aus Sicht der LINKEN ist die Neuverschuldung ein Übel, dessen Ausmaß soweit wie möglich eingegrenzt werden muss. Aber eben nur soweit, wie es die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zulassen.

Im Bernburger Appell schlagen wir euch deshalb vor, die entsprechenden Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen stabil zu halten, was kurzfristig eine deutlich höhere Belastung des Landes darstellt, als wir dies noch 2007 vermutet haben.

Lasst mich jetzt noch einiges zum neuen Gesetzentwurf der Landesregierung zum Finanzausgleichgesetz sagen. Hier wurde der ehrenwerte Versuch unternommen, die Aufgaben der Kommunen, die sie für das Land wahrnehmen als auch ihre eigenen, zu beziffern und danach die Finanzausweisungen des Landes auszugestalten. Grundsätzlich haben wir dieses Verfahren befürwortet, obwohl es bereits im Ansatz einige Probleme aufweist. Letztlich hat jedoch die Landesregierung das selbst gesteckte Ziel einer aufgabenbezogenen Bedarfszuweisung selbst aufgegeben.

Bei der Bezifferung dieser Ausgaben stellte sich bspw. heraus, dass allein die drei kreisfreien Städte einen Mehrbedarf von 180 Mio. Euro gegenüber dem Finanzausgleichgesetz 2009 hätten. Der erste Entwurf aus dem Innenministerium sah dies auch so vor, aber unter der Bedingung, dass die Finanzausweisungen insgesamt um rund 95 Mio. Euro zurückgehen sollen. Das Ergebnis wäre gewesen, dass die drei kreisfreien Städte zwar eine einigermaßen angemessene Finanzausstattung bekommen hätten, aber die Gemeinden im kreisangehörigen Raum, vor allem die kleineren Mittelzentren und größeren Grundzentren, innerhalb kürzester Zeit in den Ruin geführt worden wären.

Deswegen hat die Landtagsfraktion gegen dieses Verfahren protestiert, was dazu geführt hat, dass die Landesregierung nun ein neues Gesetz vorgelegt hat, in dem die Umverteilungssummen sehr viel kleiner wurden.

Gleichzeitig wurde aber die Finanzmasse für die Kommunen um weitere 35 Mio. Euro reduziert, so dass es unter dem Strich jetzt nur noch Verlierer gibt. Zwar nicht mehr in dem Ausmaße wie im ersten Entwurf, dafür sind jedoch jetzt wieder alle betroffen. In der Konsequenz hat sich die Landesregierung wieder von einer aufgabenbezogenen Finanzausweisung verabschiedet.

Das Kernproblem der aktuellen Diskussion um die Finanzausweisungen ist die Gesamtmasse, die zur Verfügung steht, nicht die Binnenteilung zwischen den einzelnen kommunalen Gruppen. Deswegen appelliere ich an euch als kommunale Vertreter, euch nicht an solchen Diskussionen zu beteiligen, die darauf hinauslaufen, die eigenen Haushaltsprobleme auf Kosten der anderen Kommunen zu lösen.

Wir wissen, dass die drei kreisfreien Städte insbesondere, aber auch andere Städte besondere Probleme haben.

Wir haben dazu in unseren Vorstellungen zum Landesentwicklungsplan Lösungswege skizziert, wir gehen aber davon aus, dass unter den von mir geschilderten Rahmenbedingungen eine vernünftige Neuaufteilung der Zuweisungen des Landes an die Kommunen nicht erfolgreich sein kann. Wir lehnen deshalb die vorgeschlagene Neustrukturierung des Finanzausgleichgesetzes ab.

Pünktlich zur Doppelhaushalts-Diskussion im Land stellte der Finanzminister wieder einmal eine neue Überarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes der Landesregierung vor. Man muss inzwischen nicht mehr hineinschauen, um zu wissen, was drin steht. Natürlich muss das Personal wieder noch stärker abgebaut werden, sollen Neueinstellungen verringert werden, um Personalkosten zu sparen. Dieses Problem begleitet uns jetzt schon seit einigen Jahren. Der Hintergrund dafür ist eine rein fiskalische Betrachtung des öffentlichen Dienstes im Land unter der dicken Überschrift „die Kosten zu viel“. Übrigens eine Argumentation, die auch von Kommunalpolitikern dieses Landes nicht selten geführt wird.

Unsere Perspektive ist jedoch eine andere. Der öffentliche Dienst ist der wichtigste Akteur der öffentlichen Daseinsvorsorge. Am Beginn einer Diskussion darüber muss die Bestimmung dieser Aufgaben bestehen und danach muss ermittelt werden, wie umfangreich der öffentliche Dienst in Sachsen-Anhalt sein muss. Das schließt übrigens ausdrücklich ein, die Strukturen und Arbeitsweisen des öffentlichen Dienstes permanent zu hinterfragen, um die bestmöglichen Leistungen im Interesse der Gesellschaft zu erbringen. Das kann übrigens sehr wohl auch dazu führen, dass Kapazitäten in einigen Bereichen abgebaut werden können. Wir lehnen jedoch eine Politik ab, in der zuerst Personalreduzierungen beschlossen werden und dann nachzusehen, was man mit dem Rest überhaupt noch anfangen kann und sich darüber zu erschrecken. Dieses Erschrecken setzt nämlich erst dann ein, wenn die Leistungsausfälle des öffentlichen Dienstes für jeden deutlich spürbar werden. Dann ist es aber für ein politisches Gegensteuern bereits zu spät. Wenn ich bspw. erst in einer Hochwassersituation merke, dass mir die Fachkompetenz für eine solche Situation abhanden gekommen ist, wenn in den Schulen der Unterricht ausfällt, weil die Lehrer fehlen, dauert es viele Jahre, diese Defizite wieder auszugleichen. Deswegen ist unsere Position in Land und Kommunen, dass der öffentliche Dienst einer permanenten kritischen Überprüfung hinsichtlich seiner Leistungserbringung für die Gesellschaft unterzogen werden muss, dass wir aber fachlich unbegründete und mit unabsehbaren Folgen verbundene pauschale Kürzungen ablehnen.

Das wohl wichtigste Alleinstellungsmerkmal der LINKEN ist ihr Einsatz für diejenigen, die durch die soziale Polarisierung in der Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Zu den zentralen Problemfeldern auf Bundesebene hat Matthias bereits einiges gesagt. Diese Aufgabe stellt sich jedoch für uns auch im Land und in den Kommunen. Ich will dies noch einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Wir bleiben bei unseren politischen Forderungen nach der Ganztagsbetreuung für alle Kinder in den Kindertagesstätten und für ein kostenloses Mittagessen in Kindergärten und Grundschulen. Wenn wir auch an anderen Stellen sehr wohl überlegen müssen, ob wir in diesen Zeiten radikaler Einnahmeeinbrüche alles finanzieren können, was wichtig und richtig wäre, so sind diese beiden Forderungen nicht konjunkturabhängig. Unser Problem besteht jedoch auf Landesebene darin, dass diese Landesregierung von CDU und SPD trotz vollmundiger Ankündigungen weder willens noch in der Lage ist, diese Projekte umzusetzen. Eineinhalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl ist es an der Zeit, dies auch mit aller Deutlichkeit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land zu sagen. Wer diese Forderungen umsetzen will, braucht eine andere Regierung in diesem Land, eine Regierung mit der Partei DIE LINKE.

Dieser von mir geschilderte Umstand verlangt jedoch, dass wir diese Themen auch in den Kommunen behalten. Dort, wo es die Chance gibt, die öffentliche Debatte darüber in Gang zu bringen. Dort, wo es vielleicht möglich ist, auch nur kleine Schritte in der Kommune in diese Richtungen zu gehen. Dort müssen wir für diese Forderungen eintreten.

Darüber hinaus ist es jedoch wichtig, dass, was es an Hilfe und Unterstützung insbesondere für Kinder und Jugendliche gibt, zu stabilisieren. Hierfür ist die Auseinandersetzung um die Jugendpauschale ein gutes Beispiel.

Auf Landesebene müssen wir erreichen, dass dieses Geld weiter zweckgebunden an die Landkreise und kreisfreien Städte geht, auf kommunaler Ebene müssen wir für die Einstellungen kommunaler Mittel in dem gleichen Bereich kämpfen, da diese Kofinanzierungspflicht leider nicht mehr gesetzlich verankert ist.

Wir sind uns auf Landesebene sehr wohl bewusst, dass für viele Gemeindevertreter die anstehende Arbeit noch zusätzlich durch die Gemeindegebietsreform erschwert wird. Die meisten Gemeinden befinden sich mitten in dieser Umbruchphase. Die, bei denen jetzt noch nichts passiert ist, werden in der staatlichen Zwangsphase zugeordnet.

Ich will hier noch einmal ganz deutlich sagen: Wir haben diese Gemeindegebietsreform abgelehnt, weil sie den zweifellos vorhandenen Handlungsbedarf fast ausschließlich auf die Bildung von Einheitsgemeinden gelenkt hat. Und dies in einer Art und Weise, die bspw. die Mitwirkung in den Ortschaften behindert. Wir müssen auf der anderen Seite aber zur Kenntnis nehmen, dass dieser Prozess der Gemeindeneubildung in vollem Gange ist und meiner Meinung nach unumkehrbar. Spätestens seit der Entscheidung des Landesverfassungsgerichts dazu müssen wir uns mit dieser Tatsache auseinandersetzen. Wir wissen, dass viele unserer kommunalen Vertreter auch vor diesem Hintergrund sich aktiv in die Neugestaltung der Gemeindestruktur eingebracht haben. Jetzt geht es darum, innerhalb des vorgegebenen Rahmens die optimalen Möglichkeiten zu finden.

Wie zu erwarten, erreichen uns aber erste Signale, dass politische Funktionäre im wohlverstandenen Eigeninteresse versuchen, solche Lösungen durchzudrücken, die aus ihrer individuellen Sicht die besten sind und nicht aus der Sicht der betroffenen Gemeinden. Wir wissen auch, dass diese Koalition für solche Einflüsse sehr empfänglich ist. Unser Ziel muss vor Ort und im Land sein, die optimalen Lösungen für die Gemeinden vor Ort zu finden und nicht die optimalen Versorgungsposten für selbsternannte Lokalfürsten. Ich bitte euch ausdrücklich, zu unseren Vertretern im Innenausschuss Gerald, Helga und Gudrun, oder auch zu mir Kontakt aufzunehmen, wenn sich solche Dinge abzeichnen.

Neben den von mir genannten Rahmenbedingungen wird der bis zum Ende der Legislaturperiode zu beschließende Landesentwicklungsplan eine Reihe weiterer wichtiger Rahmenbedingungen bestimmen. Dazu gehört auch die Position des Städte- und Gemeindebundes sowie unserer Partei zur Bestimmung der gesamten neuen Einheits- und Verbandsgemeinden als grundzentrale Räume. Mit einer Reihe weiterer schwerwiegender Entscheidungen in diesem Zusammenhang werden wir uns u.a. auf dem nächsten Landesparteitag beschäftigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und SympathisantInnen, wir wissen, dass die Erfüllung dieser von uns im Bernburger Appell festgehaltenen Forderungen eine Stärkung der LINKEN auf Bundes- und Landesebene benötigt. Die Bundestagswahl in vier Wochen genauso wie die Landtagswahl in eineinhalb Jahren. Währenddessen es im Bund darum geht, durch ein besseres Wahlergebnis den Druck auf die anderen Parteien zu verstärken, sind wir uns darüber im Klaren, dass im Land der Regierungseintritt der LINKEN im Interesse einer Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge unumgänglich ist. Unsere Aufgabe wird es sein, die verbleibende Zeit von vier Wochen bis zur Bundestagswahl und eineinhalb Jahre bis zur Landtagswahl gemeinsam an diesen Weichenstellungen zu arbeiten und uns den Erfolg zu organisieren.

**Redemanuskript!  
Es gilt das gesprochene Wort!**